

FREITAG, 27. MÄRZ 2015

Thüringer Allgemeine

NORDHAUSEN

Streit unter Gipsabbau-Gegnern

27.03.2015 - 09:02 Uhr

Nordhausen. Am Dienstag beschloss der Kreistag Nordhausen, dass es einen runden Tisch, organisiert durch die Kreisverwaltung, geben wird, an dem Gegner und Befürworter des Gipsabbaus gemeinsam miteinander reden sollen (wir berichteten).

"Ich bin sehr enttäuscht, dass noch nicht einmal die Ausschussüberweisung in den zuständigen Ausschuss für Umwelt- und Kreisentwicklung zustande gekommen ist, damit die zuständigen Kreistagsmitglieder beraten können, wer an diesem Tisch sitzen wird. Auch ist mir schleierhaft, was damit erreicht werden soll.

Im Kreistag ist schließlich schon vor zwei Jahren beschlossen worden, dass wir gegen jede weitere Verritzung sind", äußerte sich [Dagmar Becker](#), SPD-Kreistagsmitglied und Mitglied des Thüringer Landtags, in einer Mitteilung an unsere Zeitung. "Neue Kompromisse zu schließen und die Natur weiter anzugreifen, kann nicht Sinn der Sache sein."

Als Beispiel verweist Becker auf den sogenannten "Kompromiss" am Rüsselsee, dem Waldgebiet zwischen Mühlberg und Himmelberg bei Niedersachswerfen. "Von dem Pilotprojekt der Abbauführung und Renaturierung unter finanzieller Beteiligung der Gemeinde Niedersachswerfen ist nichts weiter geblieben als eine Worthülse und eine Landschaft, die mit dem ursprünglichen Aussehen nichts mehr gemein hat." Weder eine beispielhafte Renaturierung der mittlerweile zwei Steinbrüche noch ein akzeptabler, naturschutzfachlicher Ausgleich liege den Mitgliedern des Umweltausschusses bisher vor.

Indes zeigt sich Kreistags- und Stadtratsmitglied [Inge Klaat](#) (CDU) enttäuscht von der Thüringer Umweltministerin [Anja Siegesmund](#) (Grüne). Mit ihrem Auftritt im Nordhäuser Stadtrat habe diese eine große Erwartungshaltung geweckt und versprochen, vom Rohstoffabbau bedrohte Flächen über eine Stiftung aufzukaufen. Daraufhin verzichtete die Stadt auf ihr Vorkaufsrecht, im Glauben, die Stiftung werde dies wahrnehmen. "Unterstützt wurde die Erwartungshaltung durch eine gemeinsame Beratung in Erfurt zur weiteren Zusammenarbeit der zuständigen Behörden mit klaren Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten", berichtet Klaat.

"Leider hat sich die Landesverwaltung entschieden, bei einzelnen Grundstücken nicht das Vorkaufsrecht auszuüben. Die entsprechende Begründung dazu steht noch aus. Aber was für mich viel schlimmer ist, ist die Tatsache, dass es seitens des Ministeriums keine Information dazu gab. Der Landkreis hätte bei rechtzeitiger Information selbst das Vorkaufsrecht ausüben können. Die entsprechenden Beschlüsse waren durch den Kreistag gefasst."

Klaat zeigt sich sichtlich enttäuscht: "Schade, die gute Absicht einer Ministerin reicht nicht. Sie muss es auch über ihre Verwaltung aussteuern. Ich hoffe, in Zukunft wird die Zusammenarbeit zwischen Landkreis- und Landesverwaltung im Sinne des Naturschutzes professioneller." Die neue rot-rot-grüne Landesregierung werde sich an den Ergebnissen messen lassen müssen, denn in diesem Thema habe sie nicht nur im Wahlkampf den Bürgern der Region viel versprochen.

Thomas Müller / 27.03.15 / TA

ZOR0007871051